



Geschäftsführung Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

Ansprechpartner/in: Herr Schnitzler

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: norbert.schnitzler@stadt-koeln.de

Datum: 02.06.2008

Niederschrift

über die **29. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2004/2009 am Montag, dem 26.05.2008, 15:02 Uhr bis 16:28 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Horst Thelen Grüne

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralph Elster	CDU	ab 15.20 Uhr
Herr Alfred Hoffmann	CDU	
Frau Hildburg Holländer	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	bis 16.05 Uhr
Frau Cornelia Schmerbach	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	
Frau Dr. Astrid Reimers	Grüne	
Frau Yvonne Gebauer	FDP	
Frau Karin Wiesemann	SPD	ab 16.05 Uhr

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Manfred Rouhs	pro Köln
Herr Peter Löwisch	auf Vorschlag der Fraktion die Lin-
ke.Köln	

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Joachim Geysse	auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Frau Brigitte Spielberg	auf Vorschlag der SPD
Herr Marc Müller	auf Vorschlag der Grünen
Frau Marianne Wolf	auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Turan Özküçük

- 3.1 Eingabe zur Umsetzung des KiBiz (Az.: 02-1600-15/08)
1187/2008

- 3.2 Eingabe für die Aufstellung von Schildern und Papiertütenautomaten zur Reduzierung der Verschmutzung durch Hundekot (Az.: 02-1600-73/07)
5255/2007

- 3.3 Eingabe für die Feststellung und Bekanntmachung des Haushaltsansatzes für den Ausbau und die Instandhaltung von Radverkehrsanlagen in Köln (Az.: 02-1600-2/08)
0576/2008

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

1.1 Mitteilung zur Anfrage von Frau Schmerbach hinsichtlich nächtlicher Ruhestörungen durch Bauarbeiten am Rhein-Center hier: Darstellung der rechtlichen Situation

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

2.1.1 Anfrage von Herrn Thelen

Herr Thelen erkundigt sich nach dem Sachstand der Beantwortung seiner ergänzenden Anfrage aus der Sitzung vom 21.04.2008 zum Umgang mit Bürgeranregungen durch die Fachverwaltung.

Herr Dr. Höver antwortet, dass sich die Stellungnahme bei der Fachverwaltung in Bearbeitung befindet.

2.1.2 Anfrage von Frau Schmerbach

Frau Schmerbach bezieht sich auf die längere Bearbeitungszeit zu TOP 3.2 und fragt, ob es eventuell möglich ist, durch eine Änderung der Verfahrensabläufe eine zeitnähere Beratung zu erzielen.

Herr Schnitzler antwortet, dass bei dem angesprochenen Fall der verwaltungsinterne Abstimmungsprozess ziemlich aufwendig war, um die auch aus Sicht der Verwaltung positive Beschlussvorlage zu realisieren. Das von der Hauptsatzung empfohlene Ziel von drei Monaten vom Eingang bis zur Beratung würde im Durchschnitt eingehalten; eine Änderung der Arbeitsabläufe sei daher nicht erforderlich.

Herr Thelen regt an, bei Fällen, die sich voraussichtlich länger hinziehen, eine Zwischenmitteilung an die Antragsteller zu geben.

2.2 Schriftliche Anfragen

- keine -

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW

3.1 Eingabe zur Umsetzung des KiBiz (Az.: 02-1600-15/08) 1187/2008

Mit Mail vom 17.05.2008 teilten die Antragsteller mit, dass sie die Eingabe als **erledigt betrachten**, da wunschgemäß von der Verwaltung die erweiterte Gruppenstruktur angemeldet wurde.

Die Mail wurde den Ausschussmitgliedern vorab zur Kenntnis gegeben.

Herr Thelen weist darauf hin, dass die Entscheidung über die Gruppenanmeldungen letztendlich beim Land liegt. Er regt daher an, den Beschlussvorschlag der Verwaltung dahin gehend zu ergänzen, dass die Verwaltung beim Land intervenieren soll, falls von dort die Zustimmung zu den angemeldeten Gruppen versagt wird. Weiterhin regt er an, in dem Beschlussvorschlag der Verwaltung das Wort „erledigt“ zu ersetzen durch das Wort „entschieden“.

Die anderen Ausschussmitglieder tragen diesen Vorschlag mit.

Abweichender Beschluss:

Da für die Kindertagesstätte Brüsseler Straße 19 im Zusammenhang mit der Umstellung auf neue Gruppenformen nach KiBiz wunschgemäß von der Verwaltung 1,25 Gruppen angemeldet wurden, betrachtet der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden die Angelegenheit als entschieden.

Falls das Land die Zustimmung versagen sollte, wird die Verwaltung gebeten, entsprechend zu intervenieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.2 Eingabe für die Aufstellung von Schildern und Papiertütenautomaten zur Reduzierung der Verschmutzung durch Hundekot (Az.: 02-1600-73/07) 5255/2007

Beratungsverlauf:

Die Antragstellerin erläutert kurz ihre Eingabe. Sie betont, dass ihr sehr viel daran gelegen ist, wenn Schilder aufgestellt werden, auf denen die Höhe der Verwarn- oder Bußgelder für Verschmutzungen durch Hundekot dargestellt ist. Weiterhin bittet sie zu prüfen, ob es eventuell möglich ist, dass Hundefutterhersteller als Sponsoren für Hundekottüten-Spender gewonnen werden können.

Frau Krämer, 32 Amt für öffentliche Ordnung, nimmt Stellung für die Verwaltung. Sie weist darauf hin, dass die Verwaltung bisher die Tütenautomaten ziemlich kritisch gesehen hat. Aus Sicht der Verwaltung könnte es für manche Hundehalter zu umständlich sein, zu einem Tütenautomat zu gehen und danach noch die gefüllte Tüte zu entsorgen. Ferner habe die Verwaltung bisher Vandalismusschäden an den Automaten befürchtet. Sie freue sich jedoch, dass der Modellversuch offensichtlich positiv verlaufen sei.

Herr Berf, AWB, berichtet über den Modellversuch. Er informiert den Ausschuss, dass die AWB an fünf verschiedenen Standorten Tütenautomaten aufgestellt habe; über 90.000 der kostenlosen Tüten seien abgegeben worden. Besonders erfreulich sei, dass das Umfeld der Automaten nicht durch Tüten verschmutzt wurde. Ein wissenschaftlich begleiteter Modellversuch in Berlin habe ergeben, dass ca. 90 % der entnommenen Tüten auch ordnungsgemäß verwendet wurden. Die AWB beabsichtige, künftig an Brennpunkten - hierzu werden die Bezirksvertretungen beteiligt - Automaten aufzustellen; die Finanzierung erfolge zunächst noch durch die AWB.

Herr Rothe, 66 Amt für Straßen und Verkehrstechnik, weist darauf hin, dass die von der Antragstellerin vorgeschlagene Aufstellung von Hinweisschildern im öffentlichen Straßenland kritisch von der Verwaltung gesehen wird. Er regt an zu prüfen, ob es eventuell möglich ist, entsprechende Hinweisschilder an den Tütenautomaten anzubringen.

Frau Schmerbach macht deutlich, dass Verschmutzungen durch Hundekot ein gesamtstädtisches Problem darstellen. Sie regt an, auf jeden Fall verschiedene Varianten auszuprobieren, um eine Verbesserung der Situation zu erzielen.

Herr Löwisch bezieht sich auf die Aussage in der Begründung der Beschlussvorlage, dass entsprechende Hinweiszettel jedem Hundesteuerbescheid beigelegt werden. Er könne sich nicht daran erinnern, dass ihm jemals ein solcher Hinweiszettel mit dem Steuerbescheid übersandt wurde. Er spricht sich für mehr Kontrollen der Hundehalter aus, allerdings nicht nur im Hinblick auf Verschmutzung durch Hunde, sondern auch bezüglich der Einhaltung der Anleinplicht. Weiterhin bemängelt er die unzureichende Beschilderung an Hundenausläufflächen (lediglich ein städtisches Schreiben in Kunststoffolie).

Frau Gebauer unterstützt die Aufstellung von Hundekottüten-Spendern und auch vermehrte Kontrollen der Hundehalter. Allerdings spricht sie sich gegen die Aufstellung von Hinweisschildern aus.

Auf Frage von Frau Holländer teilt Herr Berf mit, dass sich die AWB derzeit im Dialog mit der Stadt befinden mit dem Ziel, den Versuch weiterzuführen. Er informiert, dass es möglich ist, in einem Display an den Tütenautomaten auf die Höhe der Verwarn- oder Bußgelder - wie von der Antragstellerin gefordert - hinzuweisen.

Auf Frage von Herrn Müller, ob eine Finanzierung der Tüten eventuell durch Werbung möglich ist, teilt Herr Berf mit, dass die AWB derzeit die Angelegenheit finanziert.

Frau Wolf macht deutlich, dass es sinnvoll sein kann, wenn die Tütenspender mit einer Entsorgungsmöglichkeit für die gefüllten Tüten kombiniert werden können. Herr Berf weist dar-

auf hin, dass bei der Aufstellung der Automaten darauf geachtet wird, dass dies immer in der Nähe von vorhandenen Abfallbehältern erfolgt.

Herr Pohl hält es für sinnvoll, dass eine Vernetzung des Modellversuches mit den Vorschlägen aus dem Bürgerhaushalt erfolgt. Er spricht sich ebenfalls für eine Intensivierung der Kontrollen aus; er bittet die Verwaltung allerdings, die Kontrollen mit der notwendigen Sensibilität durchzuführen.

Auf Frage von Herrn Thelen weist Frau Krämer darauf hin, dass die Verwaltung regelmäßig Kontrollen durchführt. Es sei allerdings schwierig, Verursacher von Verschmutzungen auf frischer Tat zu erwischen, da die Kontrolleure in Uniform auftreten und die Hundehalter sich dann an die Vorschriften halten und ihre Hunde beim Anblick der Kontrolleure sofort anleinen. Weiterhin sei es meistens sehr schwierig, Verschmutzungen einem bestimmten Hund zuzuordnen und zu ahnden.

Herr Dr. Fladerer weist darauf hin, dass es heutzutage durchaus möglich und auch finanzierbar ist, durch einen genetischen Abgleich eine Verschmutzung zuzuordnen.

Frau Schmerbach regt an, beim Kampf gegen Verschmutzung durch Hunde neben dem Modellversuch mit den Hundekottüten auch andere Modelle zu prüfen.

Der Ausschussvorsitzende fasst die Diskussionsbeiträge zusammen und formuliert einen Beschlussvorschlag.

Abweichender Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Antragstellerin für die konstruktiven Vorschläge zur Vermeidung von Verschmutzungen durch Hundekot. Die Verwaltung wird gebeten, zusammen mit den AWB die flächendeckende Einführung von Hundekottüten-Automaten zu realisieren. Bei der Standortwahl sollen die Bezirksvertretungen beteiligt werden. Weitere effektive Möglichkeiten zur Erzielung eines gesetzeskonformen Verhaltens der Hundehalter sollen geprüft werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.3 Eingabe für die Feststellung und Bekanntmachung des Haushaltsansatzes für den Ausbau und die Instandhaltung von Radverkehrsanlagen in Köln (Az.: 02-1600-2/08) 0576/2008

Hinweis:

Mit Mail vom 24.05.2008 teilt der Antragsteller mit, dass er nicht an der Sitzung teilnehmen kann. Er bittet den Ausschuss, die Verwaltung zu beauftragen, bis Ende 2008 entsprechende Kennzahlen zu den finanziellen Investitionen zum Radverkehr zu erstellen.

Beratungsverlauf:

Frau Holländer regt an, die Verwaltung aufzufordern, detailliert für jeden Stadtbezirk darzulegen, welche Mittel für Radwegmaßnahmen zur Verfügung stehen.

Frau Schmerbach bezieht sich auf den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 06.05.2008 (TOP 2.1) zum Thema „Prioritätenliste für die Unterhaltung von Radwegen“. Sie regt an, dem Antragsteller den Antrag, der einstimmig beschlossen wurde, zur Verfügung zu stellen.

Frau Dr. Reimers unterstützt diesen Vorschlag.

Frau Gebauer spricht sich ebenfalls dafür aus, dass die Finanzsituation für Radwegmaßnahmen auf Dauer transparent dargestellt werden soll.

Herr Dr. Elster unterstützt ebenfalls den Vorschlag von Frau Schmerbach.

Herr Thelen weist darauf hin, dass es nach seiner Kenntnis oft Probleme bei der Umsetzung von Radwegmaßnahmen gibt, die nicht durch mangelnde finanzielle Mittel, sondern durch fehlende personelle Kapazitäten verursacht werden.

Herr Rothe, 66 Amt für Straßen und Verkehrstechnik, verweist in diesem Zusammenhang auf die Anlage 4 der Beschlussvorlage. Daraus ist ersichtlich, dass Finanzmittel für Personalaufwendungen zur Förderung des Radverkehrs in den Haushaltsplan eingestellt sind.

Abschließend formuliert der Vorsitzende eine Ergänzung für den Beschlussvorschlag.

Abweichender Beschluss:

Aufgrund der haushaltsmäßigen Darstellungen im Zusammenhang mit dem „Neuen kommunalen Finanzmanagement“ sieht der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden leider keine Möglichkeit, dem Begehren stattzugeben.

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden schließt sich dem Beschluss des Verkehrsausschusses vom 06.05.2008 zu TOP 2.1 an und spricht sich für eine detaillierte bezirksbezogene Darstellung der Mittel für den Ausbau und die Instandhaltung von Radwegen aus. Die Verwaltung wird gebeten, dem Antragsteller den Beschluss über den Antrag sowie zu gegebener Zeit auch die Ergebnisse zur Verfügung zu stellen. Ebenso soll der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Thelen
Ausschussvorsitzender

Schnitzler
Schriftführer